

mitte liberal

FDP

Die Liberalen

Magazin der Freien Demokraten | Berlin Mitte | No 3 | Juli 2013 | kostenlose Leseprobe

Frauenquote

*Zwei Frauen, zwei Meinungen,
zwei starke Statements*

Burma

Ein Land verändert sich

Mietrecht

Wer hätte das gewusst



Freiheitsrechte weltweit verteidigen!

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundestagswahlen werfen ihren Schatten voraus, der Wahlkampf hat begonnen. Berlin hat mit der Kandidatenaufstellung in einem demokratischen Entscheidungsprozess die entscheidenden Zeichen gesetzt. Nun ist es an der Zeit, vorwärts zu sehen und die Erfolge der vergangenen Jahre richtig zu verkaufen. Das ist nicht immer einfach.

Wir blicken gebannt auf die Auseinandersetzungen im bundespolitischen Umfeld, die schon seit einiger Zeit auf Hochtouren laufen und können manchmal nur bedauern, dass wir nicht in der Lage sind, unsere Erfolge in der Öffentlichkeit besser zu kommunizieren.

Die FDP ist die einzige Partei, die sich ohne Einschränkungen für Bürger- und Menschenrechte einsetzt. Sie hat in der gegenwärtigen Wahlperiode mit dem Bundesministerium für Justiz, dem Auswärtigem Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit die entscheidenden Schlüssel zur Gestaltung in der Hand. Auch wenn sie der kleinere Koalitionspartner ist, der nicht immer

alles durchsetzen konnte, hat sie doch wichtige Erfolge erzielt.

Das betrifft nicht nur den Datenschutz – ich erinnere an die Abschaffung von ELENA und die Verbesserungen im Meldegesetz, die die Opposition erfolglos in das Gegenteil zu verdrehen versuchte – sondern auch die Arbeit unseres Menschenrechtsbeauftragten Markus Löning. Menschenrechte zwanzig Jahre nach dem Wiener Kongress für Menschenrechte 1993: Das bedeutet Menschenrechtsarbeit der FDP im Stillen. Damals hat Gerhart Baum die Verhandlungen entscheidend mit gestaltet und Weichen gestellt, die die Unteilbarkeit der Menschenrechte festschreiben. Ein Erfolg für die individuellen Freiheitsrechte, die so oft mit Füßen getreten werden und deren Existenz wir erst bemerken, wenn sie uns fehlen.

In diesem Sinne wünsche ich uns ein gutes Gelingen

Dr. Nikoline Hansen



Zündstoff Mindestlohn - Wahlprogramm für die Bundestagswahl beschlossen

Von Katja von Maur-Reinhold, stv. Vorsitzende Ortsverband Gendarmenmarkt

Es ist die Eigenart von Liberalen, dass sie besonders kritisch auf ihre FDP blicken. So verbanden die rund 660 Delegierten mit ihrer Reise zum Bundesparteitag nach Nürnberg hohe Erwartungen. Würden Sie voller Enthusiasmus in den Wahlkampfmodus übergehen und kampfbereit nach Hause fahren? Mehr als 700 Änderungsanträge waren abuarbeiten, tabellarisch vorsortiert in übernommene, sofort abzustimmende und zu diskutierende. Eine organisatorische Meisterleistung im Vorfeld, auch dank online-Debatte und Riesenbeteiligung. Ohne absolute Konzentration und Disziplin, wie bei uns Berliner Delegierten, kaum zu bewältigen. Schließlich hatte der Landesverband wichtige Änderungsanträge eingebracht. Beim Thema „Mindestlohn“ – es ging darum, weitere Lohnuntergrenzen in bestimmten Branchen und Regionen zuzulassen – stieg die Spannung spürbar. Abgesehen von der Eurorettungsdebatte, habe ich bisher kein so hartes, inhaltliches, aber auch emotionales Ringen um den richtigen Weg erlebt. Während sich Philipp Rösler, Daniel Bahr und Christian Lindner klar dafür aussprachen stellte sich eine Phalanx aus Ostverbänden, angeführt von Holger Zastrow und Ostwestfalen mit Frank Schäffler und Co klar dagegen. Die Delegierten fieberten mit wie beim Champions League-Finale.

Endlich Auseinandersetzung, Gänsehaut, Emotion, das ist der Zündstoff für den Wahlkampf! Mehr davon! Auch Berlin war uneins: Sind wir Mittelstandspartei und wollen verhindern, dass große Unternehmen weiter auf dem Rücken von Arbeitnehmern und Steuerzahlern die Aufstockung durch Hartz IV einpreisen und den Wettbewerb verzerren oder geben wir Liberale Grundsätze auf? Das Ergebnis fiel mit 57,4 Prozent deutlich aus. Meines Erachtens die richtige Entscheidung. Außerdem: **Ehegattensplitting** soll bleiben und auch für Lebenspartner gelten. Der Staat soll sich nicht in die Entscheidung von Lebenspartnern einmischen, wie sie Einkommen und Arbeit verteilen. Zur **Integration** wollen wir die **doppelte Staatsbürgerschaft**, qualifizierte **Zuwanderung**, eine raschere **Einbürgerung** und eine **sofortige Arbeits-erlaubnis für Asylbewerber**. Die **Erbschaftssteuer** soll vereinfacht werden. Eine gesetzliche Quote für Frauen in Aufsichtsräten gibt es nicht. Dafür soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Aber: Es gibt großen Nachholbedarf bei der Chancengleichheit von Frauen. Und Schließlich: Europäische Sparziele dürfen nicht aufweichen. Wir wollen ein Vetorecht für Deutschland bei wichtigen EZB-Entscheidungen, z.B. zum Ankauf von Staatsanleihen.

Herausgeber, V.i.S.d.P
Dr. Maren Jasper-Winter
FDP-Bezirksverband Berlin-Mitte
c/o FDP Berlin
Dorotheenstraße 56, 10117 Berlin
maren.jasper@fdp-mitte.de

Chefredakteurin
Dr. Nikoline Hansen (nh)
redaktion@fdp-mitte.de

Stellvertretender Chefredakteur
Ralf Breitgoff (rb)

Redakteure
Silke Adam (sia), Claudia Bandow (cb), Anno Blissenbach (ab), Katja v. Maur-Reinhold (kvm)

Art Director
Joachim Herrler
joachim.herrler@fdp-mitte.de
Titel: © Mila Supynska - Fotolia.com

Das Redaktionsteam ist zu erreichen unter
redaktion@fdp-mitte.de

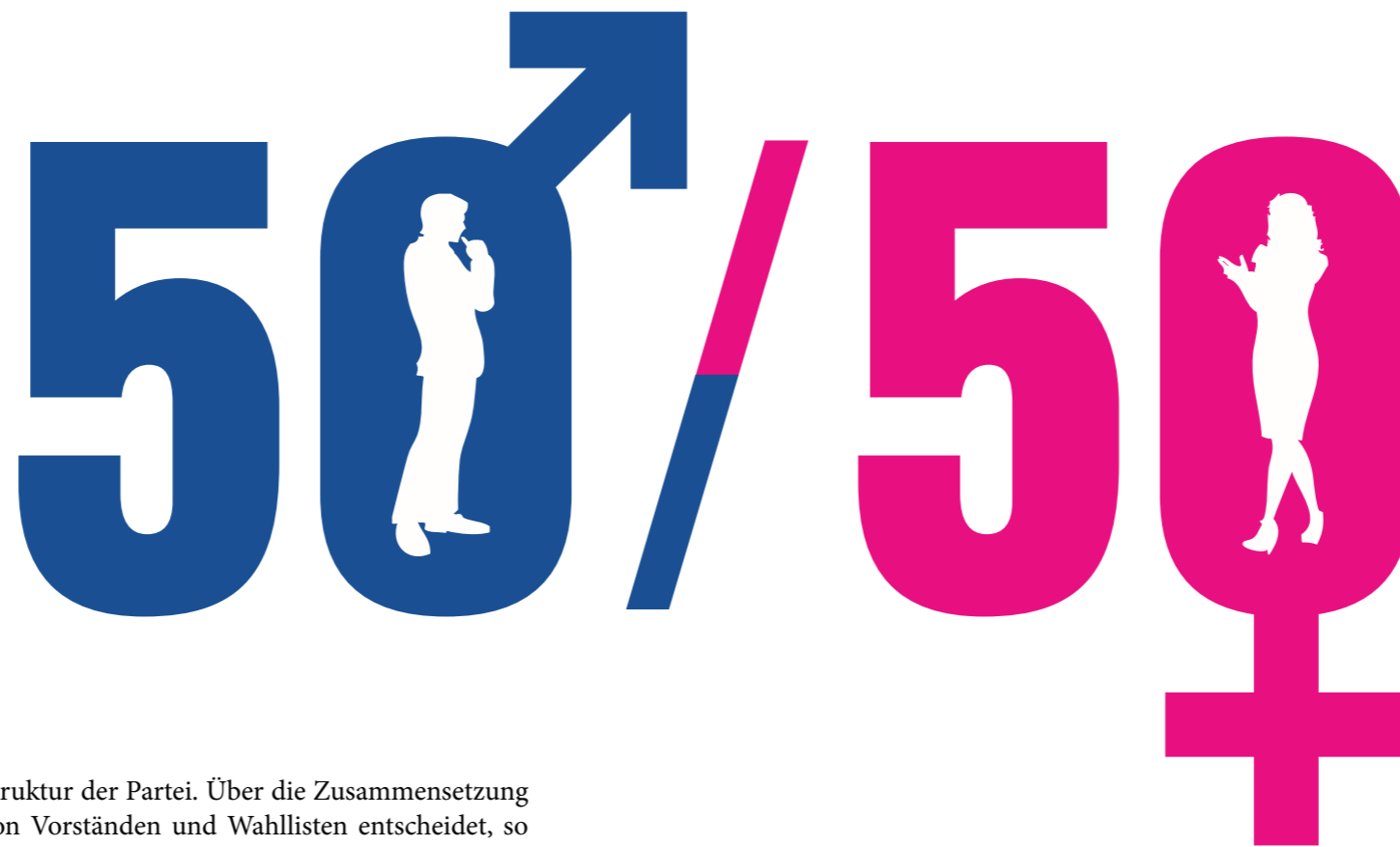
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

FDP Berlin-Mitte im Internet
www.fdp-mitte.de
www.fdp-gendarmenmarkt.de
www.fdp-hackescher-markt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de

Bankverbindung
FDP Mitte, Konto 653 386 104
Postbank Berlin, BLZ 100 100 10

Wir brauchen weibliche Vorbilder

Von Doris Buchholz,
Bundesvorsitzende Liberale Frauen



Das ist überflüssige Symbolpolitik

Von Nicole Bracht-Bendt MdB,
Frauenpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion



Struktur der Partei. Über die Zusammensetzung von Vorständen und Wahllisten entscheidet, so ist das nun einmal fast ausschließlich der Proportionalwahlrecht – meist der regionale. Die Qualifikation oder politische Talent eines Bewerbers oder einer Bewerberin sind dabei oft von untergeordneter Bedeutung. Verbindliche Absprachen unter den Vorständen stellen eine Vertretung der Untergliederungen in übergeordneten Gremien oder Fraktionen sicher. Da die Gremien nach wie vor überwiegend aus Männern bestehen, sind Frauen in die Entscheidungen meist nicht eingebunden und haben das Nachsehen. Das muss sich dringend ändern. Aber wie?

Mehr Beteiligung von Frauen auch thematisch, ist von existenzieller Bedeutung für die Zukunft der FDP. Nur wenn die FDP weibliche Vorbilder bietet, wird sie dauerhaft Wählerinnen ansprechen. Zur Erinnerung: Seit 1987 gibt es bereits eine freiwillige Selbstverpflichtung mit dem Ziel, den Frauenanteil auf 30 Prozent zu erhöhen. Gebraucht hat diese Selbstverpflichtung bisher nichts. Der Frauenanteil ist sogar insgesamt weiter zurückgegangen. Die Erfahrung zeigt: Der Frauenanteil in den Gremien wird sich ohne verbindliche Zielvorgaben auf Dauer nicht steigern lassen. Ich bin nach wie vor der Auffassung, dass wir zumindest als befristete Übergangsregelung eine Geschlechterquote brauchen, damit auch viele talentierte Frauen überhaupt erst eine Chance erhalten. Andere konkrete Lösungsvorschläge gibt es bis heute nicht. Und das Mentoring-Programm ist sicher gut, aber erfasst viel zu wenige, um flächendeckend zu wirken, und es dauert, bis es wirkt. Ich bin auf bessere Vorschläge gespannt.

Es ist noch gar nicht so lange her, da hätte ich diese Frage mit einem eindeutigen „Nein“ beantwortet. Denn ich war mir sicher: Qualität setzt sich durch. Gute Arbeit zahlt sich aus. Rückblickend muss ich sagen, dass die Erfahrung mich eines Besseren belehrt hat. Und die Zahlen sprechen für sich, leider! Das hat inzwischen auch der Bundesvorsitzende erkannt und fordert Maßnahmen. Das Thema ist aktueller, denn je.

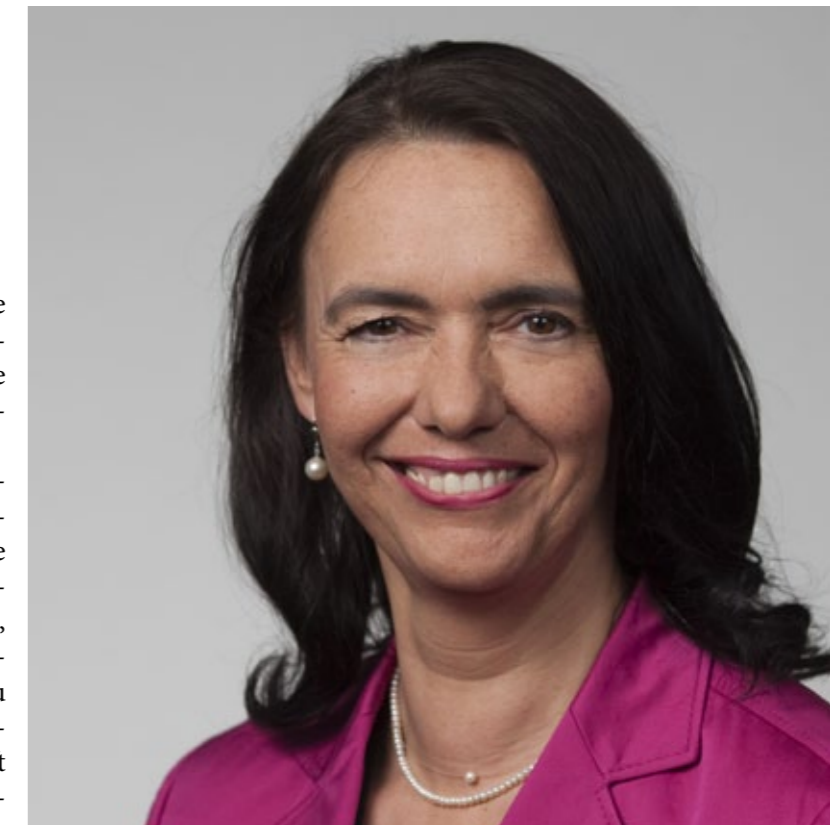
Warum sinkt die Zahl der weiblichen Mitglieder und Wählerinnen und warum steigt der Anteil der Funktionsträgerinnen in der FDP nicht an? Die wichtigste Ursache hierfür liegt in der

Eine gesetzlich erzwungene Frauenquote für Aufsichtsräte wie für Vorstände ist unnötige Symbolpolitik, die zudem gegen die unternehmerische Freiheit und damit gegen Aktionärsrechte verstößt.

Es steht außer Frage, dass in Führungspositionen zu wenig Frauen vertreten sind. Aber ausgerechnet in einer Phase, in der Bewegung in die Unternehmensstrukturen gekommen ist, lautstark nach einer staatlichen Regulierung zu rufen, ist kurios. Selbst die Initiative Frauen in die Aufsichtsräte e.V. räumt ein, dass 2012 von neu zu besetzenden Aufsichtsratsposten rund 40 Prozent und laut der Personalberatungsgesellschaft Egon Zehnder knapp 41 Prozent von Führungspositionen im operativen Geschäft an Frauen gingen. Das ist noch kein Meilenstein, aber ein klarer Trend.

Als Liberale sage ich, wenn Ergebnisgleichheit wichtiger als Rechtsfreiheit sein soll, ist das Planwirtschaft pur. Frauenpolitik darf ohnehin nicht nur die knapp 900.000 Posten in Vorständen und Aufsichtsräten im Blick haben. Als Frauenpolitikerin vertrete ich die Interessen aller Frauen, und die brauchen keine Quote sondern Wahlfreiheit. Kinder dürfen kein Karrierehemmnis sein, deshalb sind flexible Betreuungsangebote und familienfreundliche Arbeitsbedingungen für Mütter und Väter der Schlüssel für mehr Frauen in verantwortlichen Positionen.

Die Wirtschaft hat in den letzten Jahren nicht



genügend Frauen im mittleren Management auf Führungsaufgaben vorbereitet, das ist ein schwerer Fehler. Trotz einer Vielzahl von Programmen ist es nicht gelungen, genügend Frauen für nachgefragte ökonomische und technische Berufe zu begeistern. Frauen müssen sich auch im Klaren darüber sein, dass eine längere Familienphase die Karriere lähmt und mit Einkommenseinbußen im Alter verbunden ist.

Die Quotendiskussion ist ein Auslaufmodell, die Chancen für Frauen stehen besser denn je. Staatsgläubige Kollektivistinnen sollten einsehen, dass echte Wahlfreiheit die bessere Alternative ist als die Gesetzeskeule Quote.



© ufeopxki10 - Fotolia.com



© WONGSZE FEI - Fotolia.com

Burma im demokratischen Frühling

Von Anno Blissenbach

Noch bis vor gut zwei Jahren herrschte in Burma (Myanmar) Diktator General Than Shwe mit eiserner Faust. Die Gewinnerin der seitens der Militär-Junta ignorierten demokratischen Wahlen von 2533 (1990 unserer Zeitrechnung), Aung San Suu Kyi, stand unter Hausarrest, ungezählte politische Gefangene füllten die Gefängnisse. Folter, Zwangsarbeit, Denunziation und Behörden-Willkür waren an der Tagesordnung, totale Zensur ohnehin. Das durch Sanktionen international isolierte Burma gehörte zu den ärmsten Ländern der Welt, belegte mit Platz 182 den vorletzten auf

dem Korruptions-Index von Transparency International und gab ca. 50 Prozent des Staatsbudgets für Militär, Polizei und Geheimdienste aus.

Von den 54 Millionen Einwohnern sind knapp 90 Prozent Buddhisten, womit Burma zu den großen buddhistischen Ländern zählt. Die tiefe Verwurzelung im Buddhismus, zu dem sich – formal – auch die Junta bekannte, wurde von dieser nicht angetastet. Bei den Protestkundgebungen der Bevölkerung des Jahres 2550 (2007 u. Z.) versammelten sich die – an sich unpolitischen – Mönche zu Tausenden auf den Straßen, um ein Zeichen zu setzen: Sie drehten ihre Almosen-Schalen um, als Symbol, dass sie von der Junta keine Spenden mehr annehmen. Somit schlossen die Mönche die Junta demonstrativ aus der Gesellschaft aus – die schlimmste mögliche Schmach.

Dann geschah das Unfassbare: Das Militär eröffnete das Feuer auf die sich trotz Versammlungsverbot weiterhin friedlich versammelnden Mönche. Die Gewehrkugeln trafen nicht nur die Körper buddhistischer Mönche, sondern auch das Herz Burmas. Damit war ein Punkt erreicht, an dem innerhalb der Junta eine Erkenntnis reifte: Mit dem Massaker an buddhistischen Mönchen wurde eine unantastbare Grenze überschritten, die eine Umkehr unabdingbar machte.

Im Ergebnis wird März 2554 (2011 u.Z.) die Militärdiktatur beendet und eine – zumindest formal – zivile Regierung gebildet.

Präsident Thein Sein, überzeugter Reformler, hat zwar mit Widerständen alter Kader zu kämpfen, doch unter seiner Führung entwickelt sich Burma nunmehr in atemberaubendem Tempo Richtung Demokratie: Schrittweise erhalten politische Häftlinge und Dissidenten ihre Freiheit zurück, werden Exilanten zur Heimkehr eingeladen, wird die Presse-Zensur geschleift und Meinungsvielfalt der Abgeordneten nicht nur geduldet, sondern gewünscht. Auf Friedensnobelpreisträgerin

Aung San Suu Kyi geht Thein Sein demonstrativ zu. Auf ihre Partei, National League for Democracy, NLD, wird zugelassen und erringt bei regionalen Nachwahlen vor gut einem Jahr 95 Prozent der Wahlkreise.

Zuvor auf bestem Wege, wirtschaftlich zum Vasall Chinas zu werden, wird nun auf Öffnung für internationale Investitionen gesetzt, die Brückierung Chinas eingeschlossen: So kündigt Burma das Milliardenprojekt Irrawaddy-Staudamm auf, da es dem Willen des Volkes widerspricht.

In der Weltgemeinschaft werden Stimmen laut – allen voran die deutscher Liberaler –, Reformen durch Sanktions-Rückführung zu belohnen. Außenminister Guido Westerwelle, Entwicklungsminister Dirk Niebel und der Menschenrechtsbeauftragte Markus Löning setzen sich hier durch.

Intensiv unterstützt das von Volker Adam geleitete Regionalbüro der Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit (FNF) von Bangkok aus den Demokratisierungsprozess. Unter Zuständigkeit von Katrin Bannach ist in Rangun (Yangon), der früheren Hauptstadt Burmas, das Ortskraft-Büro von Aye Mya Hlaing tätig, welches im Laufe des Jahres als

offizielle Vertretung der Stiftung in Burma registriert werden soll.

Der aus der Saat buddhistischer Mönche erwachsene demokratische Frühling in Burma genießt so die volle Unterstützung der liberalen Familie.



© Chonlaphoom Bamharn - Fotolia.com



Katrin Bannach (FNF) und Anno Blissenbach (OV-Hackescher Markt) trafen sich am 11.01.2556 (2013 u.Z.) im Büro für Südost- u. Ost-Asien der FNF, im 25. Stock des Bangkok-Business-Center (BBC), Bangkok-Ekkamai, zu einem Gedankenaustausch zur Situation in Burma (Myanmar) nach Ende der Militärdiktatur. (Foto: Poraporn Chatramongkhol, FNF)

Für die Freiheit der Forschung – Gegen eine uneingeschränkte Zivilklausel

Von Svenja Hahn, Stellvertretende Bundesvorsitzende der Liberalen Hochschulgruppe

Die Liberalen Hochschulen engagieren sich gegen eine uneingeschränkte Zivilklausel ein, denn ein Denkverbot an Hochschulen würde nicht nur das erhoffte Ziel verfehlen, sondern den Wissenschafts- und Forschungsstandort Deutschland massiv schwächen.

Die Forderung nach einer Zivilklausel in der universitären Forschung kommt seit Jahrzehnten auf. Oftmals diese als die entscheidende Möglichkeit dargestellt, die Rüstungsforschung, die Rüstung an sich und letztendlich Kriege in Zukunft zu verhindern. Doch welche Chancen bietet eine Zivilklausel überhaupt und welche Gefahren kann sie auch in sich tragen?

Die Selbstverpflichtung zu rein ziviler Forschung basiert auf der Annahme, dass Forschung an Hochschulen direkt oder indirekt der Rüstungsindustrie zu Gute kommt. Doch werden an einer Universität keine Waffen gebaut oder Militärtechnologien entwickelt. Rüstungsunternehmen, die Bundeswehr und andere Gruppierungen, die an Forschungen in diesem Bereich interessiert sind, vergeben Aufträge dieser Art in der Regel an au-



ßeruniversitäre Forschungseinrichtungen, in denen die Zivilklausel einer Hochschule gar nicht greifen würde. Universitäten und Fachhochschulen dagegen leisten vor allem Grundlagenforschung – und dies natürlich auch in Themenfeldern, für die sich die Rüstungsbranche interessiert. Denn Technologie und Forschung sind auf keinen Zweck festgelegt. So mag die Forschung an Kommunikationssatelliten zwar auch für das Militär interessant sein, in erster Linie profitiert aber der Handynutzer von besseren Mobilfunknetzen. Selbst das Internet entsprang einem Forschungsprojekt des US-Verteidigungsministeriums und ist der beste Beweis dafür, dass militärfinanzierte Forschung auch der zivilen Gesellschaft zu Gute kommen kann.

Zivil lässt sich nicht immer eindeutig abgrenzen, und auch ein Missbrauch von wissenschaftlichen Errungenschaften kann nie ausgeschlossen werden. Andersherum kann aber auch ursprünglich militärische Forschung große Fortschritte für die Zivilgesellschaft bringen.

Die Liberalen Hochschulgruppen engagieren sich an rund Standorten deutschlandweit für ihre Hochschule vor Ort und eine liberale Bildungs- und Hochschulpolitik.



BTW 2013: Berlin im Blick

Von Henner Schmidt

stand die Zusammenarbeit mit der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker und den kommunalpolitisch Interessierten in den Bezirken verstärken.

Ein gutes Beispiel, wie politische Anstöße aus den Orts- und Bezirksverbänden über den Landesvorstand zu öffentlichkeitswirksamer Politik werden können, sind die vom Landesausschuss beschlossenen Ansätze zur Zukunft des Flughafens Tegel. Eine daraufhin von unserem Landesvorsitzenden Martin Lindner angestoßene Überprüfung der rechtlichen Situation von Tegel ergab überraschende neue Perspektiven für einen möglichen zeitweisen Weiterbetrieb. Da der Senat bisher jede Art von Weiterbetrieb ausgeschlossen hatte, wurden unsere Ansätze in der Öffentlichkeit besonders interessiert aufgenommen.

Die seit einiger Zeit verstärkte enge Zusammenarbeit mit der FDP Brandenburg findet nicht nur organisatorisch und durch gemeinsames Auftreten auf Bundesebene statt, sie wird nun auch konkret mit Konzepten unterfüttert. In meinen Ressorts wurden dazu ein umfangreiches Konzept zur Metropolregion durch den Landesfachausschuss Wirtschaft und ein Energiekonzept Berlin-Brandenburg durch den Landesfachausschuss Umwelt erarbeitet. In beiden Arbeitsgruppen konnte ich mitwirken und war beeindruckt, wie wir

einen neuen gemeinsamen Blick für unsere Region Berlin-Brandenburg entwickeln. Anders als die beiden Landesregierungen arbeitet die FDP in beiden Ländern produktiv zusammen. Auch dies ist ein wichtiger Baustein für die Zukunft der FDP in Berlin.

Auch im Landesvorstand hat derzeit der Bundestagswahlkampf hohe Priorität. Um den Wahlkampf gut vorzubereiten, hat der Landesvorstand als Kampagnenbeauftragten Helmut Metzner ernannt, der schon in der Bundespartei an vielen erfolgreichen Kampagnen mitgewirkt hat. Unsere Bezirksvorsitzende Maren Jasper-Winter übernimmt die inhaltliche Koordination des Wahlkampfes. Die Bundestagsabgeordneten Martin Lindner und Lars Lindemann sowie Mitja Schulz von den Julis gehören ebenfalls zum Wahlkampfteam.

Neben dem laufenden Wahlkampf werden wir die Berliner Themen nicht vernachlässigen. Landes- und bezirkspolitische Kompetenz und das Bemühen um die konkreten Probleme der Berliner Bürgerinnen und Bürger sind notwendig, um die FDP in Berlin wieder stärker zu verankern. Wegen der hohen Bedeutung der Kommunalpolitik wird der Landesvor-



Im Wahlkampf-Modus

Von Bärbel Freudenberg-Pilster

Am 28. 2. 2013 haben die Delegierten des Bezirksausschusses in Berlin-Mitte einen neuen Vorstand gewählt, der im Wesentlichen der alte ist. Lediglich ein Beisitzer wurde ausgewechselt. Jörg Kleis, der aufgrund einer beruflichen Veränderung nicht mehr kandidiert hatte, wurde durch Wolf Armin Grabs (beide OV Gendarmenmarkt) ersetzt. Am 18. 3. 2013 konnte der Bezirksvorstand sein neues Mitgliedermagazin „Mitte liberal“ vorstellen. Mit einer Relaunch-Party im Beisein des neuen Bundesvorstandsmitglieds der FDP Wolfgang Kubicki wurde dieses Ereignis angemessen gefeiert. Der Bezirksvorstand konzentriert sich nun auf die kommenden Wochen und Monate, die durch den Bundestagswahlkampf geprägt sein werden. Der Bezirksvorstand hat ein Wahlkampfteam eingesetzt, das durch den Vorsitzenden des OV Wedding, Volker Imhoff, geleitet wird. Er wird mit seinem Team, zu dem selbstverständlich auch der



Wahlkreiskandidat des Bezirks Mitte, Hartmut Bade, gehört, in den nächsten Wochen die Wahlkampfaktionen planen und organisieren. Bei der Umsetzung sind alle Mitglieder des Bezirks Mitte gefragt. Wir hoffen auf große Unterstützung, denn für die FDP geht es um alles. Die Umfragen bewegen sich nach wie vor in einem Rahmen von 4 bis 5 %, so dass der Wiedereinzug der FDP in den Bundestag noch lange nicht gesichert ist.

Noch eine Nachlese zum Landesparteitag am 16. 3. 2013: Der Bezirksvorstand hatte nach dem für die FDP desaströsen Ausgang der Abgeordnetenhauswahl im Jahr 2011 eine Reihe von Satzungsänderungsanträgen zur Diskussion gestellt. Dabei ging es insbesondere um die Verkleinerung des Landesparteitags und die Einsetzung einer Generalsekretärin oder eines Generalsekretärs. Leider erhielt keiner der Änderungsanträge die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Auch von denjenigen in der Landes-FDP, die nach der Abgeordnetenhauswahl die Verkleinerung des Landesparteitags eindringlich gefordert hatten, war leider keiner mehr bereit, die Initiative des Bezirks Mitte zu unterstützen. Die Debatte über eine Generalsekretärin oder einen Generalsekretär wurde mit fehlenden finanziellen Ressourcen hierfür beendet. Hierzu sei angemerkt, dass die Generalsekretärin der FDP Baden-Württemberg, die Ex-Berlinerin Gabriele Heise, auch nur eine Aufwandsentschädigung erhält. Es geht also auch ohne größeren finanziellen Aufwand. Die Chance, eine weitere Person der FDP Berlin in den öffentlichen Fokus zu stellen, wurde leider vertan.

© Stefan Rajewski - Fotolia.com



Für ein besseres Netz

Von Hartmut Bade



Am 12. April wählte die Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK) einen neuen Landesvorstand. Dabei wurde der Geschäftsführer unseres Kommunalpolitischen Arbeitskreises Alexander Platonov neu als Beisitzer in den Vorstand gewählt, so dass der Bezirk Mitte jetzt mit Hartmut Bade und ihm zwei Vertreter im Landesvorstand stellt. Vorsitzender wurde Franz Wittke aus Neukölln, seine Stellvertreter Manfred Schubert aus Kreuzberg und Stefan Förster aus Köpenick, Schatzmeister Otto Hoffmann aus Charlottenburg. Zentrales Anliegen der VLK ist die Vernetzung der Bezirkspolitiker in der mandatslosen Zeit bis 2016, die Motivation der Liberalen für die bodenständige Bezirkspolitik und die Formulierung Kommunalpolitischer Leitsätze für die nächsten Jahre. Für ein Redaktionsteam, das diese erarbeitet und der nächsten Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung vorlegen will, konnten wir unter anderen auch den erfahrenen Landes- und Bezirkspolitiker Henner Schmidt gewinnen.

Wer bremst, verliert!

Von Hartmut Bade, Direktkandidat für Berlin-Mitte

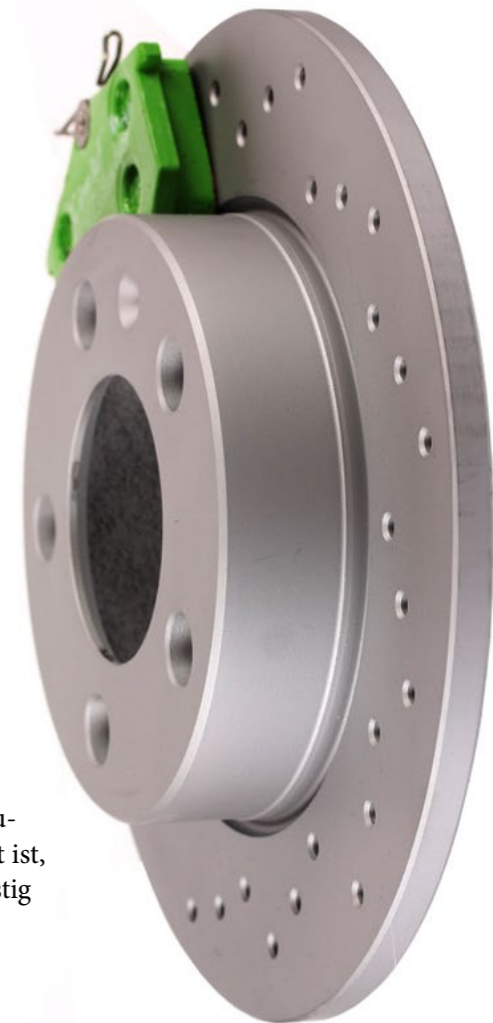
Auf Antrag der Grünen soll bei jedem Bebauungsplan ein städtebaulicher Vertrag mit dem Investor abgeschlossen werden, der diesen zwingt,

- sich finanziell an Kita- und Grundschulplätze sowie Sportangeboten für Grundschulen zu beteiligen,
- Grün- und Freiflächen zusätzlich zum vorgeschriebenen naturschutzrechtlichen Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft anzubieten,
- ökologische Standards, insbesondere energetische Festlegungen bezüglich des zukünftigen Primärenergiebedarfs der geplanten Bebauung einzuhalten,
- einen nach Vorgabe des Bezirksamtes angemessenen Anteil des Neubaus als Mietwohnungsneubau zu errichten und dabei 20 bis 30 Prozent der Mieten einzuhalten, die das Bezirksamt für ALG II- und Sozialhilfeempfänger zu zahlen bereit ist,
- diese Mietwohnungen dem Bezirksamt als mietpreisgebundene Wohnungen langfristig zur Belegung zur Verfügung zu stellen

Noch Fragen?

Wer soll in unserem Bezirk bauen, wenn das die Vorgaben sind?

Derartige Initiativen lähmen Monat für Monat die Beratungen im Ausschuss für Stadtentwicklung ebenso wie im Ausschuss für „Soziale Stadt, Quartiersmanagement, Verkehr und Grünflächen“ (allein schon die Kombination und Gewichtung der Aufgaben belegt, wie die Mehrheiten in der BVV „ticken“.)



© Yvonne Weis - Fotolia.com

Gendarmenmarkt - traditionell liberal

Bei uns steht traditionell die politische Arbeit auf Rang eins. Nach Listen-aufstellung und Satzungsänderungs-diskussion liegt jetzt der schwierige Wahlkampf vor uns. Wir stellen uns der Herausforderung und sind mitten in der Vorbereitung. Das Wahlprogramm der FDP steht. Bärbel Freudenberg-Pilster, Henner Schmidt, Katja von Maur-Reinhold, Armin Grabs, Steffen Goewe und Udo von Massenbach waren beim Bundesparteitag in Nürnberg dabei. Unser bewährter Verbindungsmann im Wahlkampfteam des Bezirksverbands ist Matthias Hildebrandt, der sich auch im kommunalen Arbeitskreis engagiert. Unsere Termine, auch Kunst, Kultur und das Miteinander kommen nicht zu kurz, finden Sie unter: www.fdp-gendarmenmarkt.de (kvm)



Max Stadler ist gestorben



Am 12.05.2013 ist unser Parteifreund Dr. Max Stadler, MdB, überraschend gestorben. Am 23. März war er 64 Jahre alt geworden. Nicht nur wir Liberale sind tief betroffen durch den plötzlichen Tod unseres allseits beliebten Kollegen, der sowohl im Bundestag als auch im Stadtrat von Passau ob seiner menschlichen Integrität über alle Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg hoch geschätzt und geachtet wurde – selbst vom politischen Gegner. Wir Liberale von Berlin-Mitte, die wir ihn wiederholte Male als Referenten oder Gast bei Bezirks- und Ortsverbands-Veranstaltungen hatten begrüßen dürfen, werden Max Stadler stets in würdiger Erinnerung behalten. (ab)



Keine Nachwuchsprobleme!

Der Beitrag unseres OV Hackescher Markt zum liberalen Erfolg bei der Bundestagswahl 2013 steht im Mittelpunkt der OV-Aktivitäten. Unsere turnusmäßige Mitgliederversammlung am ersten Montag des Monats Juni wird dem entsprechend ganz im Zeichen der Wahlkampf vorbereitung stehen. Dort wollen wir nicht nur unsere Mitglieder und Sympathisanten über die Herausforderungen des Wahlkampfes informieren und Beteiligungsmöglichkeiten aufzeigen sondern die konkreten Wahlkampfplanungen des OV abschließen. Einen profunden Beitrag für den liberalen Nachwuchs leistete im Mai unsere Stellvertretende Vorsitzende Agnes Ciuperca, der wir sehr herzlich zur Geburt ihres Sohnes gratulieren. www.fdp-hm.de



Im regen Austausch

Der Ortsverband Wedding plant den Wahlkampf. Hartmut Bade bedankte sich für die entgegengebrachte Loyalität und lobte das faire Miteinander, das den OV prägt. Als Gast konnten wir Siegfried H. Seidl begrüßen, Kandidat für den Deutschen Bundestag im Wahlkreis Rottal-Inn und Vorsitzender des Bezirksfachausschusses für Internationale Beziehungen und Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Es entstand ein reger Austausch über die bisherigen politischen Erfahrungen in den beiden unterschiedlichen Wahlkreisen. Der Ortsverband Wedding trifft sich jeden ersten Montag im Monat im Hotel Grenzfall, in der Ackerstr. 136, 13355 Berlin. (cb) www.fdp-wedding.de

Hochmotiviert in Mitte

„Der Ortsverband Tiergarten wächst! Allein im Monat Mai haben wir zwei Neuzugänge zu verzeichnen und sind damit auf 86 Mitglieder angewachsen. Neben unseren politischen Debatten dreht sich derzeit alles um die Wahlkampfplanung. Unsere Wahlkampfleiterin Regina Göhle berichtet regelmäßig von den Sitzungen des Bundeswahlkampfteams Mitte. Der Vorstand sammelt geeignete Orte zum Aufstellen von Info-Ständen und macht sich Gedanken über Zusatzveranstaltungen und Strategien. Auf in den Bundestagswahlkampf!“ : www.fdp-tiergarten.de



Machen Mieten in Mitte den Mieter müde?



Fabian Roemer, Mitglied im Ortsverband Oranienburger Tor, Unternehmer in der Modebranche und kritische Stimme in Mitte sprach mit der Bezirksvorsitzenden der FDP-Mitte und stellvertretenden Landesvorsitzenden der Berliner FDP über Gentrifizierung, Mietpreisbremsen und warum Berlin besser als New York ist.

In so gut wie allen Zeitungen kann man im Moment lesen, dass sich die Mieten in Berlin – und hier werden ganz unterschiedliche Erhöhungen genannt, in den letzten zwei Jahren erhöht hätten. Ist das so?

Der gerade erschienene Mietspiegel zeigt, dass wir eine moderate Mietentwicklung haben. Im Durchschnitt liegt die Steigerung der Mieten in Berlin bei 6% in den letzten zwei Jahren, d.h. von durchschnittlich 5,21 € auf 5,54 € pro Quadratmeter. Allerdings entwickeln sich die Mieten nicht überall gleich. Wir haben einen deutlich stärkeren Anstieg der Mieten in begehrten Lagen, also Innenstadtlagen in Mitte, Kreuzberg oder auch Neukölln und bei kleinen Wohnungen. Das macht natürlich vielen Leuten große Sorgen.

Warum steigen die Mieten gerade in den Innenstadtlagen?

Es sind einfach sehr beliebte Wohngegenden, und da wo der Markt dann knapper wird, werden die Mieten dann einfach höher. Man hat zudem festgestellt, dass nicht nur bestimmte Lagen ausschlaggebend sind, sondern auch die Bauweise.

Altbauten sind sehr nachgefragt. Hier sind die Mieten überproportional im Vergleich zu Bauten aus den 50er oder 60er Jahren gestiegen.

Es wird kritisiert, dass man die Innenstadtbezirke, wie es im linken Jargon so schön, heißt „gentrifizieren“ würde. Ist das ein Mythos, oder gibt es die Gentrifizierung tatsächlich?

„Also ich finde diesen Ausdruck „Gentrifizierung“ ja ganz furchtbar...“

Warum?

Viele Menschen müssen erst einmal bei Wikipedia nachsehen, was dieser Begriff eigentlich heißt. Zum anderen ist er sehr negativ besetzt

durch Personen, die in Berlin möglichst keine Veränderungen haben wollen. Ich meine, dass es gut ist, wenn sich Gegenden besser entwickeln und wenn mehr Geld in die Infrastruktur und in die Entwicklung von Stadtteilen fließt. Dadurch verbessert sich auch insgesamt die Lebensqualität. Für mich bedeutet die Veränderung von bestimmten Wohn- und Stadtteilen nicht immer etwas Negatives, sondern zumeist etwas Positives.

Wer investiert denn in die Stadt, in die Viertel oder in die Häuser?

Genau dieser Punkt wird in der Diskussion um zu hohe Mieten oft vernachlässigt. In erster Linie investieren Eigentümer von Immobilien. Und dies ist auch dringend notwendig, weil wir zu wenige Wohnungen auf dem Markt haben und in Zukunft noch viel mehr brauchen werden. Hier wurde von der Politik sehr lange die Entwicklung verpasst.

Warum investiert die Stadt Berlin nicht?

Die Stadt Berlin will jetzt umfangreich investieren. Der Bund gibt den Ländern jedes Jahr 511 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau. Für Berlin sind dies 32 Millionen Euro. Ich habe bisher noch nicht gehört, für welche Wohnungsbauprojekte das Land Berlin dieses Geld in den letzten Jahren ausgegeben hat. Auf einmal legt der Senat ein großes Programm für den sozialen Wohnungsbau auf,

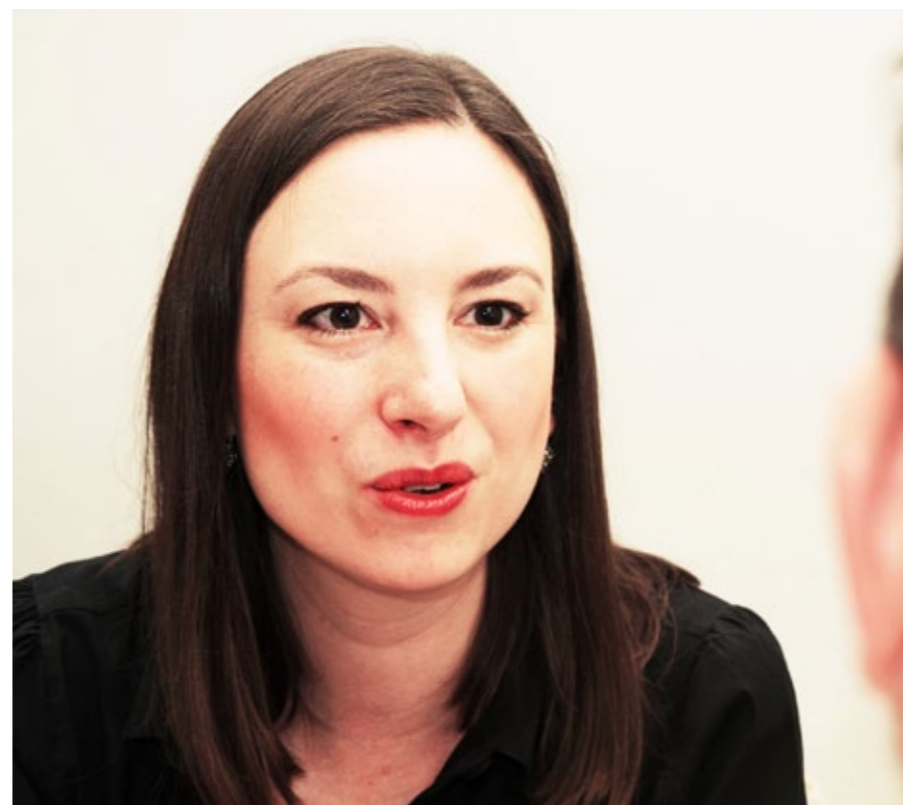


© Tom-Hanisch.de - Fotolia.com

in dem sich die städtischen Wohnungsgesellschaften um 600 Millionen Euro verschulden sollen. Schulden, die zu unserer aller Lasten gehen. Dieser Aktionismus des Senates erscheint mir nicht so recht durchdacht.

Aber wenn man dringend Wohnungen braucht, ist doch Aktionismus ausnahmsweise einmal die richtige Attitüde, oder?

Nicht durch Neuverschuldung. Stattdessen muss man dafür sorgen, dass in dieser Stadt auf den vielen Freiflächen, die wir haben, Wohnungen gebaut werden. Jede neugebaute Wohnung trägt meines Erachtens zur Entspannung des Wohnungsmarktes bei und damit auch zu einer gewissen Beruhigung in den Stadtteilen, die jetzt sehr betroffen von Mietsteigerungen sind. Und da macht das Land Berlin herzlich wenig. Wenn ich höre, dass die DEGEWO seit einem Jahr ein



ehemaliges Schulgebäude im Wedding in Wohnungen umwandeln möchte und keinerlei Unterstützung der Verwaltung bekommt, dann haben wir offensichtlich ein Problem in der Verwaltung, die eigentlich zügig Baugenehmigungen erteilen sollte.

„Wird sich die Steigerung des Mietpreises dadurch beeinflussen oder bremsen lassen, dass die Maklergebühr zukünftig vom Eigentümer getragen werden soll?“

Das glaube ich nicht, weil der Eigentümer die Belastungen aus der Maklergebühr über die Miete auf den Mieter umlegen wird. Das ist deshalb für mich nur eine populistische Idee. Genauso populistisch wie im Übrigen die absurden Milieuschutzverordnungen, die in den Bezirken Pankow und Friedrichshain erlassen wurden. Um Luxussanierungen zu verhindern, haben die Grünen-Stadträte verboten, Doppel-Hand-Waschbecken ins Badezimmer und eine Gästetoilette einzubauen. Das sind alles unglaubliche Gängeleien, die nicht viel bringen werden, um die Mieten gering zu halten, und außerdem schwer zu kontrollieren sind. Ich meine, dass wir statt mit Verboten mit marktwirtschaftlichen Instrumenten arbeiten müssen. Und das heißt: Bauen, Bauen und Bauen, anstatt Doppel-Hand-Waschbecken zu verbieten.

Es gibt seit Mitte April eine Internetseite, die zu Gewalt gegen Firmen aus dem Bereich der Immobilienentwicklung, Makler und Hausverwaltungen sowie Baugenossenschaften aufruft. Es wird auch



detailliert beschrieben, wie diese zumeist Sachbeschädigungen auszuführen sind. Was sagst Du dazu?

Diese Form der Gewalt darf man nicht tolerieren, denn das verletzt nicht nur das Eigentum von Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch die Freiheit, in Berlin so leben zu wollen, wie man möchte. Wenn wir in dieser Stadt weiterkommen wollen, dann brauchen wir Investoren und Eigentümer, aber auch junge Leute und Familien, die hier leben wollen und die sich natürlich nicht drangsaliieren und beschimpfen lassen wollen.

Wo siehst Du Berlin in fünf Jahren. Wird es eher New York sein oder in Anarchie versinken?

Obwohl ich New York für eine wunderbare Stadt halte, hoffe ich, dass es weder zum einen noch zum anderen kommt. Ich hoffe, dass Berlin eine lebenswerte Stadt bleibt und dass wir durch ein größeres Mietangebot die Mieten bezahlbar halten können.

Verfassungswidrige „Nachbarschaftshilfe“ auf grüne Art

Von Ralf Breitgoff

Bündnis 90/ Die Grünen haben unlängst ihr Wahlprogramm verabschiedet. So weit, so gut!“, habe ich mir gedacht. „Kommt vor, haben die anderen auch gemacht!“ Aber selten ist mir dabei die Spucke so weggeblieben wie dieses Jahr.

Dass die Grünen große Freude dabei empfinden, anderen Leuten in die Taschen zu greifen, ist ja nichts Neues. Bisher konnte man dafür möglicherweise auch noch ein wenig Verständnis aufbringen. Schließlich machte der Staat seit Ende der sechziger Jahre stets Schulden, gab mehr aus, als er hatte, so dass der Schuldenberg stetig wuchs. In dieser Situation auf die Idee zu kommen, zu schauen, wer sich vielleicht finanziell zu wenig an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligt, hat vielleicht noch im Ansatz etwas Sinnstiftendes. Aber so?

Die Bundesrepublik Deutschland nimmt im Moment so viel Steuern ein, wie niemals zuvor in ihrer Geschichte. Der Staat nimmt sogar so viel mehr Steuern ein als das die versammelte Wirtschaftsweisheit des Landes vorhergesagt hatte. Erstmals seit mehr als 40 Jahren ist die Bundesregierung in der Lage, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Und was wollen die Grünen? Sie wollen die Steuern erhöhen! Das ist ungefähr so, als wenn ich eine genauso unerwartete wie satte Gehaltserhöhung bekomme und trotzdem in der Nachbarschaft schnorren gehe, weil ich mir gerne noch ein Auto kaufen möchte, obwohl der Kredit für mein Haus noch nicht abbezahlt ist. Ich habe sicherlich viele nette Nachbarn. Aber doof sind die nicht. Also zumindest nicht alle.

Dann sagen die Grünen: „90 Prozent der Menschen werden durch unsere Steuervorschläge gar nicht belastet“. Das mag ja richtig sein, ist aber auch nicht sehr verwunderlich, wenn 10 Prozent der Steuerzahler fast 55 Prozent aller Steuern berappen. Oder anders ausgedrückt. Ginge es nach den Grünen müssten die, die ohnehin schon den größten Teil der Staatsfinanzierung



tragen, noch mehr bezahlen. Das einzige, was man den Grünen zugutehalten kann ist, dass sie nicht auch noch jene 90 Prozent mehr belasten, die aus gutem Grund nur wenig oder gar keine Steuern zahlen. Immerhin!

Dann sagen die Grünen – und auch eine relativ unbedeutende saarländische Ministerpräsidentin Annetegret Kramp-Karrenbauer (CDU) – sie verstünden die Aufregung um einen Spitzensteuersatz von 49 Prozent gar nicht. Schließlich hätte unter Helmut Kohl und der damaligen schwarz-gelben Regierung der Spitzensteuersatz bei 53 Prozent gelegen. Dass das Bundesverfassungsgericht in der Zwischenzeit entschieden hatte, dass es sich einfach nicht gehöre, den Menschen mehr als die Hälfte ihres Einkommens wegzunehmen, verschweigen sie geflissentlich. Genauso wie sie verschweigen, dass auf die 49 Prozent noch der Solidaritätszuschlag oben drauf kommt. Damit läge der Spitzensteuersatz bei über 51 Prozent. Die Grünen planen also den offenen Verfassungsbruch.

Apropos Solidaritätszuschlag ... Nee lass mal, das fass mach ich jetzt nicht mehr auf. Ich hab jetzt schon Kreislauf!

**Berlin-Mitte
trifft...**



Marco Buschmann MdB

Thema: “Erfolgsmodell Landtagswahl NRW -
Von 2 auf 8,6% in zwei Monaten”

26. Juni 2013, 19:00h

Spaghetti Western - Weinbar

Torstraße 179, 10115 Berlin

Marco Buschmann gehört zu den kreativen Köpfen der FDP und gilt als Vordenker des modernen Liberalismus. Er ist Mitglied im Bundesvorstand und rechtspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Darüber hinaus ist er Generalsekretär der FDP in NRW.

FDP

BERLIN MITTE